Georg Mein

Demokratie im Zeitalter von Künstlicher Intelligenz

Es gehört zu den paradoxen Signaturen der Gegenwart, dass ausgerechnet jene Technologien, die einst mit der Hoffnung auf mehr Transparenz und Teilhabe im demokratischen Prozess eingeführt wurden, heute als treibende Kräfte einer neuen, algorithmisch vermessenen Form der Gouvernementalität[1] gelten müssen. Was als neuer Möglichkeitsraum unbeschränkter Deliberation gefeiert wurde, hat sich unter den Bedingungen der Plattformökonomie in eine subtile Infrastruktur der Lenkung verwandelt – weitgehend unsichtbar, aber mit einer Effizienz, die frühere Formen der Propaganda als grobschlächtig erscheinen lässt. Die algorithmische Steuerung von Aufmerksamkeit, die selektive Sichtbarmachung von Welt, die Anordnung dessen, was relevant scheint und was als randständig verschwindet – all dies folgt heute nicht mehr primär politischen oder pädagogischen Prämissen, sondern den mathematisierten Imperativen des Nutzer-Engagements. Das aber bedeutet am Ende nichts anderes, als dass Öffentlichkeit – jener zentrale Baustein von deliberativer Demokratie – nicht länger durch diskursive Verfahren erzeugt wird, sondern durch Rechenregeln, die letztlich der Logik der Profitmaximierung unterworfen sind. Dass dabei die demokratische Verfasstheit moderner Gesellschaften in eine bislang ungeahnte Krise geraten könnte, ist kein exzentrischer Verdacht, sondern eine kulturdiagnostische Beobachtung, die sich Tag für Tag mit Daten, Klickzahlen und zunehmend hermetisch operierenden Modellen untermauern lässt.

Die Empfehlungssysteme großer Plattformen kuratieren unseren Alltag dabei auf der Basis einer doppelten Externalisierung: Sie verlagern die Bewertung des Sagbaren vom Diskurs auf den Code und delegieren die Entscheidung über das, was wir als Welt in den digitalen Medien wahrnehmen, an Modelle, deren innere Struktur weder den Nutzern noch den meisten Entwicklern vollständig zugänglich ist. Das Ergebnis ist eine algorithmisch erzeugte Form von Privatheit, in der individuelle Feeds suggerieren, man sei Teil einer öffentlichen Sphäre, während man faktisch in einem durchkomponierten Raum agiert, der auf affektive Reaktion und nicht auf deliberative Vernunft optimiert ist. Das Abgründige dabei ist, dass wir meinen, uns in diesen Räumen autonom bewegen zu können. Doch die Wahrheit ist, dass in sozialen Netzwerken algorithmische Manipulation und vermeintliche Konsumentenautonomie untrennbar miteinander verschmelzen: „In the age of surveillance marketing digital marketers present a fairytale vision of marketing where the algorithmic manipulation of consumers and consumer autonomy and empowerment become one and the same."[2]

Karen Yeung greift diesen Gedanken in ihrem Konzept des „Hypernudge"[3] auf. Sie betont, dass Big Data-Analysen und automatisierte Rückkopplungsschleifen nicht nur das unmittelbare Verhalten steuern, sondern sogar die grundlegenden Intentionen und damit die Identität der Nutzer mitgestalten. Jeder digitale Fußabdruck – von Klicks über Suchanfragen bis hin zu Interaktionen in sozialen Netzwerken – wird in diesem Zusammenhang zu einem Rohstoff, der in gigantischen Datenpools gesammelt und für manipulative Zwecke eingesetzt werden kann. Shoshana Zuboff bringt es auf den Punkt: „We can have democracy, or we can have a surveillance society, but we cannot have both."[4]

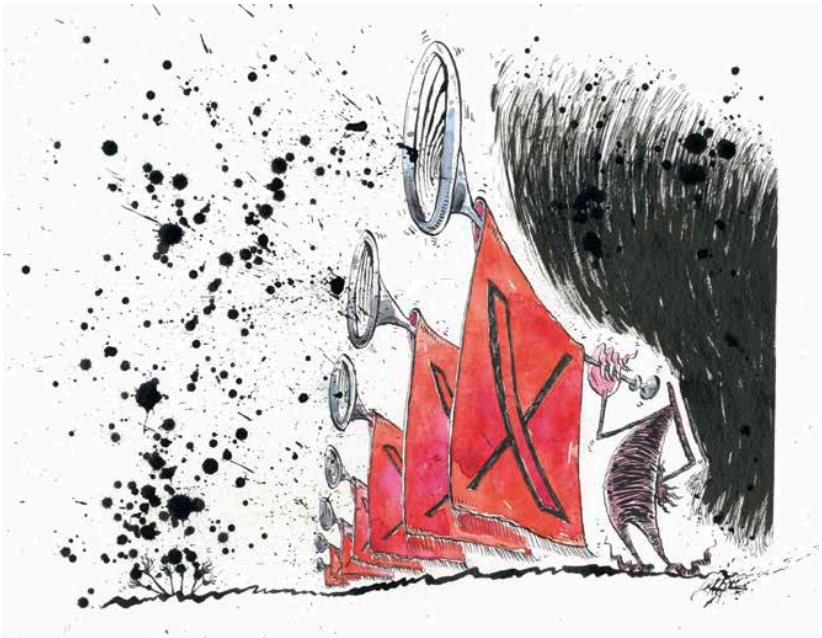
Prof. Dr. Georg Mein ist Direktor des University of Luxembourg Institute of Digital Ethics.

Gewiss: Die Mediengeschichte kennt solche Umbrüche. Sie hat den Übergang von der oralen zur schriftlichen Kultur, vom Manuskript zur Druckerpresse, von der Zeitung zum Rundfunk, vom Fernsehen zum Netz nicht nur bewältigt, sondern sich in diesen Brüchen immer wieder neu erfunden. Doch der gegenwärtige Einschnitt ist von anderer Qualität. Er betrifft nicht nur das Medium, sondern die Struktur des Sozialen selbst. Mit der Integration Künstlicher Intelligenz in sämtliche Sphären des Lebens – von der Kommunikation über die Verwaltung bis zur Sicherheitsarchitektur – entsteht ein epistemisches Regime, das weit über die Sichtbarmachung von Inhalten hinausgeht. KI muss in diesem epochalen Wandel eben nicht nur als eine technische Plattform, sondern vielmehr als eine heuristische Maschine begriffen werden, die, da sie über die Relevanz von Inhalten entscheidet, natürlich auch Entscheidungsprozesse maßgeblich mit beeinflusst. Damit aber verschiebt sich zugleich der Ort des Politischen selbst. Nicht mehr der Diskurs entscheidet, sondern das System, das die Diskurselemente selektiert und das dem Diskurs selbst logisch voransteht: eine strukturelle Epistemologie der Vorentscheidung, die das Sagbare und Denkbare im Vorfeld des Austauschs strukturiert.

Dass diese Verschiebung reale politische Folgen hat, zeigt nicht zuletzt der Blick auf autoritär regierte Staaten, in denen KI-Technologien bereits als Instrumente gesellschaftlicher Kontrolle eingesetzt werden. Die chinesische Sozialkreditlogik, in der (digitales) Verhalten, Konsum, Kommunikation und Mobilität in ein punktbasiertes System moralischer Bewertung überführt werden, markiert einen historischen Wendepunkt: Hier wird das Subjekt nicht mehr durch politische Narrative, sondern durch Echtzeit-Scoring formiert. Freie Entscheidungen erscheinen in dieser Konstellation nicht mehr als zu bewahrender Idealzustand, sondern als das, was es zu vermeiden gilt – als Risiko, das durch technische Prävention ersetzt werden soll. Was in China bereits Realität ist, liegt auch in liberalen Demokratien als infrastrukturelle Möglichkeit bereit. *Predictive Policing,* automatisierte Verwaltungssysteme, algorithmische Kreditvergabe – all diese Anwendungen operieren mit dem Versprechen gesteigerter Effizienz, aber sie verlagern zugleich Entscheidungsprozesse in ein technisches Jenseits des Politischen. Auf ökonomischer Ebene sind sie längst Realität und werden von den Bürgern sogar als durchaus positiv wahrgenommen. So werden von verschiedenen Autoversicherern mittlerweile Apps angeboten, die das gesamte Fahrverhalten aufzeichnen und bei regelgerechtem Fahren niedrigere Beitragssätze in Aussicht stellen. Krankenkassen honorieren das Tragen von Fitness-Trackern, wenn man seine biometrischen Daten mit der Krankenkasse teilt usw. Es gilt, sich klarzumachen, dass die ungeheuren Datenmengen, die mit solchen und ähnlichen Technologien erzeugt werden, nur mit Hilfe von KI ausgewertet und dann in automatisierte Entscheidungsprozesse überführt werden können. Gleichzeitig muss man sich vor Augen führen, was hier eigentlich passiert: Belohnung gegen Überwachung, d. h. Geld gegen Privatheit. Und natürlich können auch heute gravierende Fehler auftreten, wie im Dezember 2024 im Vereinigten Königreich offenbar wurde: Das automatisierte DWP (Department for Work and Pensions)-System zur Betrugserkennung diskriminierte Menschen aufgrund von Alter, Behinderung, Familienstand und Nationalität, obwohl die Fallbearbeitung formal bei Menschen lag – ein „hurt first, fix later"-Ansatz, der erhebliche gesellschaftliche Schäden verursachte. Je öfter KI und automatisierte Entscheidungsprozesse künftig in die institutionelle Logik der Verwaltung eingebaut werden, umso häufiger wird es zu solchen Fehlern kommen.

Gleichzeitig muss man sich vor Augen führen, was hier eigentlich passiert: Belohnung gegen Überwachung, d. h. Geld gegen Privatheit.

In dieser Situation erscheinen die gegenwärtigen Regulierungsversuche der Europäischen Union als späte, aber notwendige Geste der Rückgewinnung: Seit dem 1. Juli 2025 sind Plattformen verpflichtet, Transparenzberichte über ihre Empfehlungssysteme zu erstellen – ein Versuch, das Unsichtbare wieder sichtbar zu machen, die Black Box zu öffnen, ohne ihre Funktionslogik zerstören zu können. Der AI Act, der Digital Services Act, die Debatten über KI-Kennzeichnungspflichten – sie alle markieren die politische Einsicht, dass Öffentlichkeit keine Naturerscheinung, sondern eine normativ aufgeladene Infrastruktur ist. Dass in



den Vereinigten Staaten unter der zweiten Trump-Administration der entgegengesetzte Weg beschritten wird, ist mehr als nur ein regulatorischer Kontrast. Es ist die Zuspitzung eines Paradigmenkonflikts: Hier die Versuche, algorithmische Öffentlichkeiten in die demokratische Ordnung einzuhegen, dort die völlige Freigabe an das Marktprinzip und die libertäre Illusion, jede Form von Steuerung sei bereits Zensur. Dabei darf nicht übersehen werden, dass Fragen der Regulierung und algorithmischen Steuerung auch globale und postkoloniale Machtasymmetrien berühren – insbesondere mit Blick auf Plattformökonomien und KI-Infrastrukturen im Globalen Süden, die bislang kaum in den politischen Debatten vorkommen.

Aber jenseits dieser geopolitischen Großwetterlage ist ein anderer Aspekt vielleicht noch gewichtiger: Die Frage nämlich, ob es der Demokratie gelingen kann, ihre eigenen medialen Voraussetzungen zu reflektieren, ohne sich selbst in den Modus technokratischer Steuerung zu überführen. Denn wenn KI-Systeme zunehmend an der Organisation gesellschaftlicher Kommunikation, an der Aggregation von Meinungen und an der Verarbeitung kollektiver Urteile beteiligt sind, dann stellt sich mit neuer Dringlichkeit jene alte Frage, die schon Platon vor zweieinhalbtausend Jahren im Dialog *Phaidros* aufwarf, als er der neuen Medientechnologie Schrift misstraute: Kann das, was schriftlich gesagt wird, noch verstanden werden, wenn der Autor der Schrift nicht zugegen ist – und wenn ja, von wem? Was damals die Schrift war, ist heute der Algorithmus der KI: Ein Medium, das nicht nur speichert, sondern formt, nicht nur überträgt, sondern selektiert, entscheidet und bewertet.

Man kann – und sollte – diesen Prozess nicht einfach verteufeln. In vielen Bereichen zeigen KI-gestützte Systeme, dass sie zur Erweiterung demokratischer Praxis beitragen können. Ob es die Übersetzung komplexer Dokumente ist, die Entlastung überlasteter Verwaltungen, die niedrigschwellige Beteiligung an Bürgerhaushalten oder die Simulation deliberativer Prozesse durch dialogfähige Maschinen – es wäre töricht, dieses Potenzial zu übersehen. Doch ebenso töricht wäre es, sich auf die vermeintliche Neutralität technischer Systeme zu verlassen. Denn jede Entscheidung, die ein Modell trifft, ist das Resultat menschlicher Prämissen, kodiert in Daten, gewichtet durch Interessen, trainiert auf Ziele, die nicht per se demokratisch sind. Wenn, wie Marshall McLuhan schreibt, das Medium selbst die Botschaft ist, dann ist die KI nicht nur ein neues Werkzeug, sondern ein neuer epistemischer Raum, in dem sich das Verhältnis von Wissen, Macht und Subjektivität neu konfiguriert.

In diesem Sinne ist die Rede von der Krise der Demokratie im KI-Zeitalter keine apokalyptische Übertreibung, sondern die präzise Beschreibung eines Wandels, der nicht mit dem Verlust, sondern mit der Umverteilung von Handlungsmacht beginnt. Was auf dem Spiel steht, ist nicht die Freiheit im klassischen Sinne, sondern die Struktur der Möglichkeit, frei zu entscheiden – unter Bedingungen, die zunehmend von Systemen definiert werden, deren Funktionsweise sich dem Einzelnen entzieht. Die Herausforderung besteht daher nicht darin, KI zu verbieten oder vollständig zu kontrollieren – beides wäre illusionär –, sondern darin, ihre Infrastruktur so zu gestalten, dass die demokratische Deliberation nicht marginalisiert, sondern gestärkt wird. Umso wichtiger werden jene zivilgesellschaftlichen Initiativen, die auf digitale Aufklärung, Medienbildung und algorithmische Transparenz setzen – als demokratische Gegengewichte in einem zunehmend technisierten Öffentlichkeitsraum. Demokratiebildung steht vor der Aufgabe, sich auf die veränderten Bedingungen öffentlicher Kommunikation einzustellen – sie muss digitale Mündigkeit fördern: ein Verständnis dafür, wie Algorithmen öffentliche Kommunikation prägen – und wie sich darin selbstbestimmt handeln lässt. Nur so lässt sich der Anspruch auf Selbstbestimmung in einer zunehmend vermessenen Welt aufrechterhalten. Die Zukunft der Demokratie wird nicht zuletzt davon abhängen, ob es gelingt, jene Räume zu bewahren und neu zu schaffen, in denen der Mensch nicht nur reagiert (klickt), sondern spricht (denkt). Mit anderen Worten also solche Räume, in denen Subjekte nicht vermessen und bewertet werden, sondern selbst den Maßstab ihres künftigen Handelns autonom bestimmen können. ◆

1 Der Begriff „Gouvernementalität“ stammt von dem französischen Philosophen Michel Foucault, der darunter die Gesamtheit jener Institutionen, Verfahren, Analysen und Taktiken verstand, durch die moderne Gesellschaften das Verhalten von Individuen und Gruppen steuern. Es handelt sich dabei nicht nur um staatliche Herrschaft im klassischen Sinn, sondern um eine *Kunst des Regierens,* die auf Wissen, Normierung und Selbstführung setzt. Gouvernementalität beschreibt somit die historischen Formen, in denen Macht sich nicht repressiv, sondern produktiv entfaltet – etwa durch Statistiken, Disziplinen, Pädagogik oder Gesundheitsvorsorge –, um Subjekte hervorzubringen, die sich selbst im Sinne gesellschaftlicher Ordnung regulieren.

2 Aron Darmody & Detlev Zwick, „Manipulate to empower: Hyper-relevance and the contradictions of marketing in the age of surveillance capitalism“, in: *Big Data & Society*, 7 (1), 2020, S. 1-12, hier S. 2. https://doi.org/10.1177/2053951720904112

3 Karen Yeung, „‘Hypernudge’: Big Data as a mode of regulation by design“, in: *Information, Communication & Society,* 20 (1), 2017, S. 118-136. https://doi.org/10.1080/1369118X.2016.1186713

4 Shoshana Zuboff, „The Coup We Are Not Talking About“, in: *The New York Times*, 29 January 2021. https://www.nytimes.com/2021/01/29/opinion/sunday/facebook-surveillance-society-technology.html